

Für vollständig Geimpfte sollen die Corona-Regeln fallen

Die Forderung der FDP ist ein politisches Minenfeld - und zu vieles noch unklar.

Luca De Carli und Beni Gafner

BERN Über Wochen hat die Bundesverwaltung an dem Bericht mit dem Titel «Ungleichbehandlung Geimpfte und Ungeimpfte» gearbeitet. Juristen, Datenschützer und Gesundheitsexperten sollten dem Bundesrat im Auftrag von Alain Berset's Innendepartement die verschiedenen Optionen aufzeigen, die es bei diesem umstrittenen Thema gibt.

Das Resultat war jedoch ungenügend. Der 22-seitige Bericht müsse überarbeitet werden, sagen Quellen aus der Verwaltung. Damit verzögert sich auch ein Entscheid des Bundesrats, während die Forderungen nach mehr Freiheit für Geimpfte immer lauter werden, je weiter die Impfkampagne fortschreitet.

Über 137000 Menschen sind in der Schweiz bereits doppelt und damit vollständig gegen Corona geimpft. Für sie forderte die FDP diese Woche in einer Mitteilung: keine Einschränkung mehr durch «einschneidende Massnahmen wie Quarantäne etc.» – sobald es wissenschaftlich bestätigt sei, dass Impfungen nicht nur die Geimpften selber, sondern auch Dritte vor Ansteckungen schützen.

Bereits eine erste Ausnahme

Für diese Forderung engagiert sich vor allem Andrea Caroni, Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats. Sei der Schutz Dritter vor Ansteckung erwiesen, dürfe der Bundesrat von Verfas-



Pontal-Strand in Rio de Janeiro: Die FDP will, dass geimpfte Ferienrückkehrer nicht mehr in Quarantäne müssen.

Bild Getty

sung wegen nicht mehr die individuellen Freiheiten von Geimpften einschränken, sagt der Ausserrhoder Ständerat. Für die Allgemeinheit müssten spätestens dann Besuche von Restaurants oder Kinos wieder möglich sein, wenn die Risikogruppe durchgeimpft und damit gegen das Virus geschützt sei, sagt Caroni. Gemäss dem aktuellen Impfplan des Bundes haben alle chronisch Kranken und Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, bis Ende April

Aussicht auf eine Impfung. Aktuell gelten die Corona-Regeln für Geimpfte weiter. Eine Ausnahme macht der Bundesrat aber bereits: beim Schutz von besonders Gefährdeten am Arbeitsplatz. Personen, die vollständig geimpft sind, gelten seit zwei Wochen nicht mehr als besonders gefährdet. Gemäss der Corona-Verordnung werden namentlich folgende Erkrankungen erwähnt: Bluthochdruck, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chro-

nische Atemwegserkrankungen sowie Erkrankungen und Therapien, die das Immunsystem schwächen, und Krebs.

Die Forderung der FDP nach individuellen Rechten für Geimpfte ist politisch sehr umstritten. «Das geht für die SP gar nicht», sagt Nationalrätin Yvonne Feri. «Wir wollen weder Einschränkungen noch Privilegien.» Von einer Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spricht Tiana Angelina Moser, Fraktionschefin der

GLP. Zuerst müsse es genug Impfstoff für alle geben.

Das BAG hält fest, es sei noch nicht klar, ob und wie gut die Impfung auch eine Übertragung verhindere. Das Ziel sei es jedoch, dass in Zukunft Anpassungen gemacht werden könnten. Erste wissenschaftliche Untersuchungen deuten darauf hin, dass die bislang in der Schweiz zugelassenen Impfstoffe das Risiko der Übertragung des Virus auf Dritte zumindest verkleinern.

Bürgerliche wollen Beizen öffnen - selbst wenn die dritte Welle kommt

Am 22. März sollen alle Restaurants, Fitnesscenter und Clubs wieder öffnen. Für die Turboöffnung stimmten in der Kommission SVP, FDP und die Mehrheit der Mitte-Vertreter.

Markus Häfliger

BERN Eine Koalition von SVP-, FDP- und Mitte-Politikern will den Bundesrat beim Corona-Krisenmanagement entmachten. Per dringliche Gesetzesänderung will die Koalition den Lockdown rasch und umfassend aufheben. Restaurants, Fitnesscenter sowie sämtliche Freizeit-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen sollen bereits am 22. März wieder öffnen – auch im Innenbereich und unabhängig von der epidemiologischen Lage.

Antrag der SVP

Das hat die bürgerliche Mehrheit in der Gesundheitskommission des Nationalrats überraschend beschlossen. Der entsprechende Antrag kam von der SVP. Statt mit Betriebsschliessungen will die

Kommissionsmehrheit das Virus nur noch mit Schutzkonzepten in Schach halten.

Die entsprechenden Entscheide fielen in der Kommission deutlich – mit 14 gegen 10 beziehungsweise 9 Stimmen. Die Kommissionspräsidentin Ruth Humbel (Mitte) bestätigte einen Bericht von «20 Minuten». Für die Turboöffnung stimmten in der Kommission SVP, FDP und die Mehrheit der Mitte-Vertreter. Dagegen stimmten SP, Grüne und Grünliberale. Das erfuhre diese Zeitung aus Kommissionskreisen.

Sehr hypothetischer Plan

Der Beschluss bedeutet, dass die bürgerliche Kommissionsmehrheit den Lockdown viel rascher und umfassender aufheben will als der Bundesrat. Dieser hat ein schrittweises Vorgehen beschlossen. Den Restaurants stellt er in Aussicht, am 1. April wenigstens die Terrassen wieder öffnen zu können. Auch Sport- und Kultureinrichtungen sollen dann wieder einen Minimalbetrieb aufnehmen.

Denn der ganze Öffnungsplan ist noch sehr hypothetisch; der Bundesrat will ihn nur umsetzen, wenn die epide-

miologische Lage Ende März gut ist.

Die Kommissionsmehrheit will den Lockdown ab 22. März nun aber unabhängig von der epidemiologischen Lage aufheben. Umsetzen will sie die Turboöffnung mit einer dringlichen Änderung des Covid-19-Gesetzes. Dieses Gesetz steht in der März-Session sowieso auf der Tagesordnung des Parlaments. Die SGK will im Gesetz nun zwei zusätzliche Paragraphen einfügen.

Falls die Fraktionen in National- und Ständerat gleich stimmen wie ihre Vertreter in der Gesundheitskommission, bekommt die Turboöffnung im Parlament eine Mehrheit. Definitiv verabschiedet würde die Gesetzesänderung am letzten Sessionstag. Am 22. März würde sie in Kraft treten.

Eingereicht hat den Antrag der Berner SVP-Nationalrat Albert Röstli. Er hält die Beschlüsse des Bundesrats vom letzten Mittwoch für «einen Affront für die Gastrobranche und für die Fitnesscenter». Indem die Landesregierung diesen Branchen erst für den 1. April eine (eventuelle) Teilöffnung in Aussicht stelle, verweigere sie ihnen jede Perspek-

tive. Angesichts der gesunkenen Fallzahlen sind für Röstli Betriebsschliessungen «nicht mehr verhältnismässig».

Die Linke war dagegen

Röstli argumentiert auch damit, «dass derzeit nur etwa ein Viertel der Intensivpflegebetten mit Covid-Patienten belegt sind». Dies ermögliche es, den Lockdown nun aufzuheben. Er zeigt sich überzeugt, dass auch die neuen Mutationen des Virus mittels Schutzkonzepten kontrolliert werden könnten.

Gegen die Turboöffnung stimmte in der Kommission die Linke. Sie unterstütze die schrittweise Aufhebung des Lockdowns, die der Bundesrat angekündigt habe, sagte SP-Nationalrätin Barbara Gysi. «Wenn wir alles auf einmal öffnen, können wir die Auswirkungen der einzelnen Massnahmen auf die Fallzahlen nicht abschätzen», sagt Gysi.

Auch die Kommissionspräsidentin Ruth Humbel stellt sich gegen den Antrag ihrer Kommission. «Der Entscheid ist sach- und staatspolitisch verkehrt.» Das Problem laut Humbel: Laut Epidemiengesetz kann der Bundesrat in der besonderen Lage Mass-

nahmen zur Pandemiebekämpfung erlassen. Falls nun die Öffnung der Restaurants in einem anderen Erlass, dem dringlichen Covid-19-Gesetz, absolut vorgeschrieben werde, könne der Bundesrat nicht mehr reagieren, falls die Fallzahlen wieder steigen sollten.

Entwicklung

Gut 1000 neue Ansteckungen

+ In der Schweiz und in Liechtenstein sind dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern innert 24 Stunden 1021 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet worden. Zudem registrierte das BAG zehn neue Todesfälle und 54 Spitaleintritte. Die Positivitätsrate für die vergangenen zwei Wochen lag bei fünf Prozent bei den PCR-Tests und bei 4,4 Prozent bei den Schnelltests. Die Reproduktionszahl R, die angibt, wie viele Personen eine infizierte Person im Durchschnitt ansteckt, lag am 9. Februar bei 0,82. sda

Bereits 7320 Fälle von mutierten Viren bekannt

BERN In der Schweiz sind bisher 7320 Fälle mit mutierten Coronavirus-Varianten festgestellt worden, 1771 mehr als vor einer Woche. Die meisten davon sind keiner der bekanntesten Mutationen zuzuschreiben.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die neusten Zahlen gestern auf seiner Onlineplattform aufgeschaltet. Am Freitag vergangener Woche hatte das BAG noch insgesamt 5549 Ansteckungen mit mutierten Varianten gemeldet.

Vor allem britische Variante

Laut den neusten Zahlen wurden bisher 2794 Fälle der britischen Variante (B.1.1.7) zugeschrieben und 116 der südafrikanischen (B.1.351). Auch fünf Fälle der brasilianischen Mutation (P.1) sind bekannt. Zwei davon wurden im Kanton Genf, einer in Zürich, einer in Glarus und einer im Kanton Thurgau festgestellt.

Bei den übrigen 4405 Fällen war zwar eine Mutation vorhanden, die Linie aber unklar. Viren mutieren ständig. Der gesamte Anteil der Virusvarianten wird vom BAG auf rund 50 Prozent geschätzt.

Exponentielle Zunahme

Die Zunahme der mutierten Fälle steigt im Gegensatz zum alten bekannten Virenstamm exponentiell. Das BAG weist unter anderem darauf hin, dass die Zahlen nicht repräsentativ seien. Grund seien starke Unterschätzungen in Kantonen, in denen nur wenig oder kein Material sequenziert worden sei. sda

Krippenplätze sollen unbefristet Hilfe bekommen

BERN Der Bund soll die Schaffung von Krippenplätzen, Tagesschulen und anderen familienergänzenden Angeboten dauerhaft unterstützen. Das fordert die Bildungskommission des Nationalrats mit einer parlamentarischen Initiative. Seit 17 Jahren unterstützt der Bund die familienergänzende Kinderbetreuung subsidiär im Rahmen eines Impulsprogramms.

Fast 400 Millionen Franken

Seither wurden 63000 Betreuungspunkte unterstützt. Die Kosten belaufen sich auf 393 Millionen Franken. Ursprünglich war das Impulsprogramm auf acht Jahre bis Januar 2011 befristet.

Nach Ansicht einer Parlamentsmehrheit ist das Programm aber so erfolgreich, dass es seither zwei Mal verlängert worden ist. Das aktuelle Impulsprogramm läuft Ende Januar 2023 aus.

Ausbau der Covid-Hilfe

Die Kommission schlägt nun eine dauerhafte Lösung vor, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Konkret soll das Impulsprogramm in eine stetige Unterstützung überführt werden mit dem Ziel, national eine massgebliche Vergünstigung der Elternbeiträge und eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung zu bewirken. Kurzfristig beantragt die Nationalratskommission, die Covid-Hilfsmassnahmen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung auszubauen. sda